

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. Prinz-Albert-Str. 55 53113 Bonn

BBU-Pressemitteilung 15.10.2013

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

Prinz-Albert-Str. 55 53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228 214032 Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de www.bbu-online.de www.facebook.com/bbu72

Gefahren der Atomenergie sind unabhängig vom Farbenspiel der Koalition / Protest gegen Atommüll-Anlage in Gorleben

(Bonn, Berlin, 15.10.2013) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die Politik davor gewarnt, weiterhin vor dem Anwachsen der Atommüllberge die Augen zu verschließen. Damit das Atommüll-Dilemma nicht ständig größer wird, fordert der BBU von den zuständigen Landesregierungen die sofortige Aufhebung der Betriebsgenehmigungen der Atommüll produzierenden Atomkraftwerke und Atomanlagen. "Wer nicht sagen kann, wo der hochgefährliche Atommüll dauerhaft und sicher gelagert werden kann, darf keine Anlagen betreiben, die täglich neuen Atommüll verursachen", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Weiterhin betont Buchholz, dass die Gefahren der Atomenergie auf jeden Fall auch ein Thema der neuen Bundesregierung sein werden, "unabhängig vom Farbenspiel der Koalition".

Mit dem Endlagersuchgesetz war festgelegt worden, dass eine neu zu bildende Kommission Kriterien für die Suche eines Atommüllstandorts festlegen sollte. Doch die Kommission hat noch nicht einmal mit der Arbeit begonnen, da sind ihr bereits Mitglieder abhanden gekommen: Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag hat sie auch ihre angedachten Sitze in der Endlagersuchkommission verloren.

Insgesamt wird das derzeitige Vorgehen zur Endlagersuche seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung als absolut kritisch angesehen. Und so bekundete die Atommüllkonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung bereits bei einem Treffen im Spätsommer in Kassel: "Das Standortauswahlgesetz, die in dem Gesetz fixierte Besetzung der "Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe" und ihre mangelnde Kompetenz im weiteren Prozess schließen es aus, dass die Bundesrepublik Deutschland über diesen Weg der Klärung des langfristigen Umgangs mit dem Atommüll näher kommt. Sie dienen im



Gegenteil dazu, den Standort Gorleben nachträglich zu legitimieren. Deshalb besteht unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Konsens, dass die beiden für die Umweltbewegung vorgesehenen Plätze in der Kommission nicht besetzt werden sollen."

Für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bleibt daher das Engagement für den sofortigen Atomausstieg absolut vorrangig. "Aktionen gegen Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomtransporte bleiben auf der Tagesordnung", betont Udo Buchholz. Und so unterstützt der BBU auch eine Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gegen die sogenannte Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben. Mehr dazu unter http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=9118. (Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsinitiative des BBU).

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <u>www.bbu-online.de</u>; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet <u>www.facebook.com/BBU72</u>. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen.